

W o c h e n b l a t t

für

Wilsdruff, Tharand, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

8. Jahrgang.

Sonnabend, den 14. October 1848.

No. 56.

Verantwortlicher Redacteur und Verleger: Albert Reinhold.

Von dieser Zeitschrift erscheint Mittwochs und Sonnabends eine Nummer. Der Preis für den Vierteljahrgang beträgt 10 Ngr., für welchen dieselbe von der Redaction in Wilsdruff, den Agenturen in Tharand, Rossen, und Siebenlehn, sowie der Buchdruckerei von C. E. Altmacht und Sohn in Meissen bezogen werden kann. Auch nehmen dieselben Bekanntmachungen aller Art zur Beförderung an. Die Redaction.

Verhandlungen des Stadtraths zu Tharand am 26. September 1848.

- 1) Die Beauftragten, Gruner und Leonhardi, legen die Stadtkassenrechnung vom Jahre 1846 vor, und übernimmt der erstere die dagegen erhobenen Monita dem Bürgermeister emer. Köhler zur Erledigung vorzulegen.
- 2) Der Stadtrath beschließt, da weder mit den Nachgelassenen des Kammerer Mohr, noch von denen des Kammerer Menzel ein vollständiger Rechnungsabschluss bis jetzt erfolgt ist, den Calculator Hänel mit der Prüfung des ganzen Rechnungswerkes vom Jahre 1842 an, zu beauftrauen.
- 3) Kommt ein Verbot gegen Aufbewahrung von Rinden in der Eggerschen Lohmühle zur Mittheilung.
- 4) Ein Armuthzeugniß des Stadtrathes zu Zwickau, dem hier erkrankten Seilergesellen Langsch von dort, ausgestellt.

Am 10. October 1848.

- 1) Ein Gesuch der Königl. Akademie hier, um bedingte Verlängerung des Miethcontractes im neuen Schulhause, wird genehmiget.
- 2) Eine Mittheilung des Königl. Justizamtes hier, daß der hier lebende Schablonschneider Hahn nicht verheirathet und seine, fälschlich als eheliche eingetragenen Kinder aus einem unehelichen Verhältniß abstammen, beschloß man zu weiteren Maßnahmen zu denken.
- 3) Ein Gesuch des bis jetzt in Tharand wohnhaften, nun auf das Land gezogenen, Fleischermeister Reichel, um Beibehaltung seines Bürgerrechts, beschloß man den Stadtverordneten vorzulegen.
- 4) Ein Unterstützungsgesuch des Schuhmachermeister August Göbe, für die bevorstehenden Wintermonate, wurde genehmiget.

Gruner.

B e r i c h t

der im Klubb des deutschen Hofes versammelten Mitglieder der Linken an ihre Wähler und das deutsche Volk.

Die im „Deutschen Hofe“ versammelten Mitglieder der Linken der deutschen Nationalversammlung halten es nach dem Vorgange anderer parlamentarischer Parteien für angemessen, von Zeit zu Zeit dem Volke im Allgemeinen und ihren Vollmachtgebern ins Besondere Bericht zu erstatten über ihre Wirksamkeit und ihre Bestrebungen in der Nationalversammlung. Wir werden jetzt, um nicht zu weit zurückgreifen zu müssen, unsern Bericht vorzugsweise auf die Monate August und September beschränken.

Bei der Berathung der Grundrechte des deutschen Volkes war es zuerst unser Bemühen, dem Volke diese Rechte, durch welche es, wie wir hoffen, von schweren und drückenden Lasten befreit, und seine Freiheit sicher gestellt werden soll, so schnell als möglich zu verschaffen, da schnelle Hülfe, wie wir wohl wissen, Noth thut an vielen Orten des Vaterlandes. Wir waren deshalb gegen die doppelte Berathung als Zeit raubend und verschleppend, waren aber nicht im Stande, die Mehrheit der Versammlung für unsere Meinung zu gewinnen. Nach mehreren fruchtlosen Versuchen, eine beschleunigte Berathung zu erlangen, ist es in der letzten Zeit durch den Schoderschen Antrag gelungen, unserm ursprünglichen Ziele nahe zu

kommen. Es werden diesem zum Beschluß erhobenen Antrage gemäß, die wichtigsten Rechte, wie die Befreiung von drückenden Lasten schnell hinter einander berathen und beschlossen werden.

Von den Grundrechten selbst sind in der genannten Zeit die Abschnitte 2. und 3. zur Berathung gekommen. Wir haben dabei immer die Interessen der Freiheit und Humanität vertreten, und haben auch zur Herstellung der wahren bürgerlichen Gleichheit die Aufhebung des Adels, wie die Abschaffung der Orden und Ordensstitel aber leider vergeblich durchzusetzen gesucht.

Dagegen können wir mit mehr Zufriedenheit auf den Erfolg unserer Bemühungen in Bezug auf die Sicherung der persönlichen Freiheit gegen willkürliche Verhaftung und gegen Verletzung der Wohnung zurückblicken. Wenn es uns auch nicht gelungen ist, jede mögliche Beamtenwillkür so vollständig zu verbannen, als wir angestrebt haben, so hoffen wir doch durch die betreffenden Bestimmungen des Gesetzes einen großen Schritt zu der wahren Sicherheit der persönlichen Freiheit gethan zu haben, wie sie die Würde eines freien Volkes verlangt.

Die Bildung und Humanität des deutschen Volkes hat einen schönen Triumph gefeiert durch die mit beträchtlicher Mehrheit beschlossene Abschaffung der Todesstrafe. Wir haben redlich dazu mitgewirkt, wie auch zur Beseitigung der entehrenden Strafen, wie Pranger, Brandmarken u. s. w., die nicht weniger der Gesell-

schaft, die sie vollzieht, als dem, der sie erleidet, zur Schande gereichen.

Wir haben auch das Unsrige dazu beigetragen, die Presse von allen noch übrigen Fesseln, wie Cauttionen, Concessionen u. s. w. zu befreien und endlich haben wir, trotz aller Bedenken, welche dagegen vom polizeilichen Bewußtsein aus von manchen Seiten erhoben wurden, für die volle Selbstständigkeit der verschiedenen Religionsgesellschaften dem Staate gegenüber gestimmt. Wir wissen nun wohl, daß die so entfesselte Kirchengewalt ihre Herrschaft über die Masse der unselbständigen Gemüther wieder auszubreiten suchen wird, aber besetzt von dem Glauben an die unwiderstehliche, Alles besiegende Macht der Freiheit, werden wir diesen Kampf dereinst aufzunehmen uns nicht scheuen.

Wir suchten auch bei dieser Gelegenheit für die Gemeinden das Patronatsrecht, das jetzt im Besitze des Staates, oder der Körperschaften, oder gar einzelner Privatpersonen, wie Gutsbesitzer u. s. w. sich befindet, zu erlangen, um den Kirchengemeinden den Einfluß bei der Besetzung der Kirchenämter zu verschaffen, der ihnen unbeschadet kirchlicher Ordnung nach unserer Ueberzeugung zukommt; wir konnten aber die Mehrheit der Versammlung nicht dafür gewinnen.

Unsere Zustimmung zu der Trennung von Kirche und Staat glaubten wir aber an die offen ausgesprochene Bedingung knüpfen zu müssen, daß die Schule demnach nicht minder ihre Selbstständigkeit erhalten und von der Kirche getrennt werde, widrigen Falls wir unsere Zustimmung zu der Befreiung der Kirche von der Aufsicht des Staates bei der zweiten Berathung zurücknehmen würden. Bei der Berathung der das Unterrichtswesen betreffenden Bestimmungen haben wir die Befreiung des Volksunterrichts von der Aufsicht der Geistlichkeit als solcher unterstügt und durch unsere Mitwirkung aussprechen lassen, in der Ueberzeugung, dadurch einer bessern Entwicklung des Volksunterrichts den Weg zu bahnen und dem schwer gedruckten Stande der Volksschullehrer eine freiere und der hohen Würde ihres Berufes mehr angemessene Stellung zu verschaffen. Aus demselben Grunde haben wir auch zu dem Beschlusse mitgewirkt, daß dem Lehrer die Rechte jedes andern Staatsdieners zugesprochen und den Gemeinden die Pflicht auferlegt werde, für eine angemessene Besoldung zu sorgen, wobei unbemittelten Gemeinden Staatsmittel zu Hülfe kommen müssen. Um allen Klassen des Volkes eine der Menschenwürde entsprechende und zur das bürgerliche Leben nützliche Bildung zu verschaffen, haben wir den unentgeltlichen Unterricht in allen Volksschulen und niedern Gewerbschulen unterstügt und ist derselbe durch die Mehrheit der Versammlung beschlossen. Außerdem muß aber auch fernerhin allen Unbemittelten der Unterricht auf allen höhern Unterrichtsanstalten des Staates unentgeltlich gegeben werden, ein Recht, das der Arme bis jetzt als eine Gnade erbitten muß. Was die Stellung der Schule betrifft, so ist es uns zwar trotz eifriger Unterstutzung nicht gelungen, das Unterrichtswesen als einen gesonderten Zweig der Staatsverwaltung bestimmt erklären zu lassen; wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß durch die übrigen Gesetzesbestimmungen die Bahn für die Gesetzgebung und die Verwaltung der einzelnen Staaten in einer Weise gebrochen ist, die eine gedeihliche Entwicklung dieses für ein wahrhaft freies Volk wichtigsten Instituts verbürgt.

Das wichtige Recht der freien Versammlung gelang uns nicht, in der Ausdehnung und Freiheit festzustellen, als wir wünschten und strebten. Wir bemühten uns sodann, die ausgesprochene Beschränkung in die Hand der Gemeindebehörden zu legen, indem wir darin eine wesentliche Erleichterung erblickten, konnten aber auch dafür die Mehrheit nicht gewinnen. Das Recht, in Vereine zusammenzutreten, ist dem Volke gesichert, zugleich haben wir aber bei dieser Gelegenheit unsere Unterstutzung gegen den Jesuitenorden nicht versagt. Dieser mit dem Fluche der Menschheit beladene Orden, wird innerhalb der Grenzen Deutschlands nicht geduldet werden, eine Maßregel der Beschränkung, die wir mit wahrer Liebe zur gesetzlichen Freiheit des Volkes trotz aller

Spitzfindigkeiten wohl vereinbar finden. — Bei der zweiten Berathung werden wir vor Allem dahin streben, das Errungene für immer sicher zu stellen, aber auch nicht ermüden, bei den Punkten einen günstigeren Beschluß zu bewirken, wo bei der ersten Berathung ein der Freiheit und dem Bedürfnisse des Volkes nach unserer Ueberzeugung nicht entsprechender Beschluß gefaßt ist. Wir halten es aber für Pflicht, auch das Volk in dieser Beziehung zur Wachsamkeit und Thätigkeit aufzufordern, damit unseren Bestrebungen bei der zweiten Berathung nicht die wichtigste Unterstutzung fehle, die das Volk allein durch die Kundgebung seines Willens auf jedem gesetzlichen Wege leisten kann.

Können wir somit im Ganzen mit den Erfolgen unserer Bemühungen bei der Berathung der Grundrechte bis jetzt zufrieden sein, so ist dies bei weitem weniger der Fall bei fast allen übrigen Angelegenheiten, mit denen sich die Nationalversammlung beschäftigt hat. Vergebens stemmten wir uns dagegen, dem Präsidenten einen monatlichen Gehalt von 2000 Gulden zu bewilligen, indem wir die Hälfte für mehr als ausreichend hielten und zugleich der Meinung waren, daß es in unserer Zeit sich nicht ziemt, das Geld des Volkes zu einer ganz überflüssigen Repräsentation zu verwenden, während umgekehrt eine weise Sparsamkeit ein gutes Beispiel für die Besoldung der Reichsbeamten und der so sehr zahlreichen deutschen Minister u. s. w. gewesen sein würde. Vergebens ist auch bisher der Antrag auf Verminderung der Civilisten der einzelnen Fürsten gewesen. Obgleich schon lange gestellt, ist er noch nicht zur Berathung gekommen, und nach früheren Erfahrungen ist unsere Hoffnung auf einen guten Erfolg nicht groß; der zur Bearbeitung des Antrags bestimmte Ausschuß wenigstens hat den Uebergang zur Tagesordnung, also gänzliche Nichtberücksichtigung, der Versammlung vorgeschlagen.

Keinen bessern Erfolg hatte unser Bestreben, eine Amnestie für die wegen politischer Vergehen Verurtheilten zu erlangen. Die Zahl derer, die im Kerker oder in der Verbannung auf diese Worte des Friedens und der Versöhnung mit schmerzlicher Sehnsucht harren, ist beträchtlich, und es schien uns an der Zeit, diese traurigen Folgen einer aufgelegten Zeit, die mit unserer glorreichen Revolution in innigster Verbindung stehen, zu beseitigen. Wir fühlten uns um so mehr dazu verpflichtet, als wir überall sahen, daß jene mit dem Fluche der Nation beladenen Männer, die viele Jahre hindurch das Volk auf das Grausamste geknechtet und gequält hatten, sich ungefährdet aus dem Strome der durch sie verschuldeten Revolution gerettet hatten. Leider war es uns nicht vergönnt, diesen Akt allgemeinen Vergessens und Vergebens zu erlangen, durch welchen die Herzen einer großen Zahl von Menschen, die ihre letzte Hoffnung jetzt immer noch auf den Umsturz setzen, für die neuen Zustände gewonnen sein würde. Die Mehrheit der Versammlung hat anders entschieden.

Während der Verhandlungen über die Amnestie erfolgte bei Gelegenheit der bekannten Aeußerung des Abgeordneten Brentano eine schwere Verletzung der Redefreiheit wie der Ehre und Würde der Versammlung, eine Verletzung, die von der Mehrheit der Versammlung und dem Vicepräsidenten v. Coiron in Schutz genommen wurde. Wir fühlten uns verpflichtet, von der leidenschaftlich aufgeregten Mehrheit an den ruhig abwägenden Gerechtigkeitssinn der Mehrheit zu appelliren. Der von uns zu diesem Zweck gestellte Antrag ist noch nicht zur Berathung gekommen. Eine traurige Folge jener stürmischen Scenen war die dauernde beträchtliche Verkleinerung des Raumes für Zuhörer, eine Verkleinerung, gegen die wir als gegen eine Verletzung der uns heiligen Oeffentlichkeit pflichtmäßig, aber leider vergebens, gekämpft haben.

Unmittelbar nach diesen betrübenden Vorgängen beschäftigte sich die Versammlung mit der durch die badische Regierung beanstandeten Wahl Peckers zu Thiengen. Diese Wahl war, nach aller Eingeständniß, und nach dem Gutachten der betreffenden Ausschüsse, rechtlich und gültig vollzogen, in der ganzen Wahlhandlung lag kein Fehler vor; wir hielten es deshalb für einen in keiner Weise zu rechtfertigenden,

vielmehr höchst gefährlichen Vorgang, wegen Bedenken, die die Person des Gewählten betreffen, eine Wahl, diesen friedlichen Act der Volkssouveränität zu vernichten. Die Anerkennung einer Wahl schließt nicht aus, daß Anklagen gegen den Gewählten gerichtet werden, daß die Gerechtigkeit ihren Lauf habe: der Beschluß darüber wird der Versammlung immer vorbehalten bleiben. Die Versammlung hat aber nach unserer Ueberzeugung nicht das Recht, eine rechtlich vollzogene Wahl für ungültig zu erklären. Dennoch wurde die Wahl vernichtet.

Neben diesen Bestrebungen für die Rechte und die Freiheit des Volkes hatten wir auch das andere große Ziel der deutschen Revolution — die Einheit Deutschlands — fest im Auge. Ueber die Nothwendigkeit einer starken und kräftigen Centralgewalt kann bei allen wahren Freunden des Vaterlandes kein Zweifel bestehen. Obgleich wir das Gesetz über die Centralgewalt, durch welches ein unverantwortlicher Reichsverweser, der die Beschlüsse der Nationalversammlung zu vollziehen nicht verpflichtet ist, an die Spitze derselben gestellt wurde, bekämpfen mußten, so haben wir doch die Centralgewalt selbst, nachdem sie aus dem Willen der Mehrheit entstanden war, im Interesse der Einheit Deutschlands rechtlich unterstützt. Wir haben sie unterstützt gegen den kühn sein Haupt erhebenden Partikularismus, unterstützt gegen eine unentschiedene und unentschlossene Mehrheit, unterstützt selbst gegen ihre eigene Schwäche, hervorgerufen durch ein gänzlich unfähiges Ministerium. Die auf den 6. August angesetzte allgemeine Kundgebung für den Reichsverweser durch die deutschen Truppen war, wie bekannt, in vielen Staaten, und zwar in allen größern deutschen Staaten, auf die angeordnete Weise nicht vollzogen worden. Statt dieser ersten Mißachtung der Befehle der Centralgewalt kräftig entgegenzutreten, befriedigte sich das Ministerium und die Mehrheit der Versammlung mit den gänzlich nicht-sagenden Erklärungen der einzelnen Staaten. Unsere Aufforderungen, sogleich dem Partikularismus kühn die Stirn zu bieten, damit er nicht bei wichtigerer Gelegenheit das Wohl des Vaterlandes gefährde, wurde nicht entsprochen. Der Mangel an Klugheit, an Voraussicht in diesem Verfahren zeigte sich bald in einer das ganze Volk tief erschütternden Angelegenheit.

Der Krieg mit Dänemark wegen Schleswig-Holsteins war nach einem längeren Versuche, einen Waffenstillstand abzuschließen, von Neuem begonnen, hauptsächlich, wie damals der Reichsminister von Schmerling erklärte, weil Dänemark sich weigerte, die Bedingung im Waffenstillstande aufzunehmen, daß derselbe von Seiten der deutschen Centralgewalt bestätigt werden müsse. Damals sprach das Ministerium viel von der Ehre Deutschlands, von der Siegesgewißheit und dem Ruhme! Jetzt ist von Preußen gegen die Bundesacte und das Gesetz vom 28. Juni d. J. in seinem Namen und im Namen des deutschen Bundes — nicht der jetzt bestehenden Centralgewalt — mit offenkundiger Ueberschreitung der Vollmacht in den wichtigsten Punkten — wie das Ministerium selbst anerkannt — ein siebenmonatlicher Waffenstillstand abgeschlossen, der den Interessen Deutschlands entgegen ist, der Schleswig-Holstein Preis gibt und die Verpflichtungen, die Deutschland diesem Bruderstamme gegenüber auf sich genommen hat, verletzt. Zwei Bestimmungen waren es, die uns die Annahme des Waffenstillstandes unmöglich machten, so sehr wir das Bedürfnis eines Friedens anerkannten und so gern wir einen billigen und gerechten Frieden einem ruhmreichen Kriege, der für das leidende Volk immer mit großen Opfern verbunden ist, vorziehen.

Der erste Grund war die wahre Mißachtung, die das Ausland und auch Preußen der aus der Revolution hervorgegangenen deutschen Centralgewalt hierbei bewiesen hatten. Ein Volk, das sich

nicht selbst achtet, wird nie dem Auslande gegenüber die Achtung seiner Ehre und seiner Interessen erlangen. Und deshalb waren wir gegen den Vertrag. Zum zweiten waren aber auch die Interessen Schleswig-Holsteins, deretwillen der Krieg begonnen war, so tief verletzt, die Nachteile dieses langen Waffenstillstandes waren so ganz allein auf deutscher, und die Vorteile so allein auf dänischer Seite, daß wir den Waffenstillstand nicht allein als unsern Interessen nachtheilig, sondern auch für die Ehre unserer siegreichen Waffen schmachvoll erkennen mußten.

In der ersten Berathung erlangte unsere Meinung die Mehrheit der Versammlung. Die Ausführung des Waffenstillstandes wurde verschoben. Aber das Ministerium zog sich vor diesem Beschluß zurück, ein neues Ministerium wurde nicht gebildet, so sehr wir auch auf den Vollzug des Beschlusses drangen — der Beschluß der Nationalversammlung wurde nicht vollzogen.

Es war für den Waffenstillstand der Nothstand der Küstenländer geltend gemacht. Es wurde deshalb unsere Seite der Antrag gestellt, daß das ganze Deutschland für den erlittenen Schaden aufkommen werde, um diesen leidenden Gegenden die Ueberzeugung zu verschaffen, daß sie nicht allein die Opfer zu tragen hätten, sondern daß die übrigen Volksstämme ihnen wie Brüder helfen würden. Wir hatten bei diesem Antrage den Schmerz, diejenigen unter einem nichtigen Vorwande gegen uns stimmen zu sehen, die den Nothstand am eifrigsten als Grund für den Waffenstillstand geltend gemacht hatten. Man wollte keine Beruhigung, keine Hilfe, man wollte nur den Waffenstillstand um jeden Preis. Während der langen Zwischenzeit zwischen der ersten und zweiten Berathung wechselte die kleine Mehrheit, die sich für unsere Meinung erklärt hatte. Das deutsche Volk kennt diese traurige Verhandlung. Der Waffenstillstand wurde genehmigt.

Unglückliche Ereignisse waren hier die unmittelbare Folge dieses Beschlusses, Ereignisse, die Niemand tiefer beklagt als wir. Bewaffneter Aufruhr in den Straßen von Frankfurt, und der Mord zweier Volksvertreter hat alle wahren Freunde der Freiheit mit Trauer erfüllt, und diejenigen, die, um die besetzte Ehre Deutschlands zu rächen, in blinder Leidenschaft sich hinreißen lassen, haben gegen die Ehre ihres Volkes einen schweren Schlag geführt. Schwer lastet auf ihnen noch die Verantwortung für die Gefahren, die der Freiheit des Volkes aus diesem Aufruhr erwachsen. Die Linke hat vom ersten Augenblicke an diese traurige Wendung der Dinge nicht anders betrachtet, und die stürmischen Anmuthungen, auszutreten, d. h. die Revolution selbst zu machen, nicht nur mit Entschiedenheit zurückgewiesen, sondern auch vor jeder Unbesonnenheit aufs Ernstlichste gemahnt, weil die Freiheit durch dieselben nur gefährdet werden kann. Alle Feinde der Freiheit jubeln jetzt in ihrem Herzen, stolz und kühn erhebt die Reaction ihr Haupt, und versucht, dem ganzen Volke die gesetzliche Freiheit zu verkümmern, weil eine kleine Anzahl von Männern die Freiheit mißbraucht hat. In diesem Augenblicke lastet der Belagerungszustand und in dessen Folge: Aufhebung des ordentlichen Gerichtsstandes und ungemessene Beschränkung der persönlichen Freiheit auf der Bevölkerung der Stadt Frankfurt, und mit tiefster Entrüstung haben wir aus dem Munde eines Ministers vernommen, daß selbst die Volksvertreter nicht ausgeschlossen sind. Wir waren einen Augenblick zweifelhaft, ob wir nicht die Würde des Volkes kränkten, wenn wir während der Dauer eines so schmachvollen Zustandes unsere Thätigkeit als Volksvertreter ausübten. Wir haben aber unsern Platz behauptet, um mit der ganzen Kraft unseres Geistes und Herzens die Rechte des Volkes und seine Freiheit gegen jede Beeinträchtigung zu vertheidigen.

Frankfurt, den 30. September 1848.

Der Klubb der Linken im deutschen Hof.

Bekanntmachungen.

Die hier befindlichen, im Jahr 1828 geborenen,

militairpflichtigen Mannschaften, wie auch die in früheren Jahren geborenen jungen Leute, welche über die bereits erfolgte Erledigung ihrer Militairpflicht

sich nicht auszuweisen vermögen, werden hiermit aufgefordert

Mittwoch, den 1. November 1848,

Vormittags 10 Uhr,

an Rathhausstelle, bei Vermeidung achtägigen Gefängnisses oder Handarbeitsstrafe, sich anzumelden.

Ein Jeder hat sich bis dahin mit seinem Geburtscheine zu versehen, und bei der Anmeldung selbigen abzugeben.

Zugleich werden alle Meister und Dienstherrn aufgefordert, den bei ihnen in Arbeit stehenden Leuten diese Bekanntmachung mitzutheilen und die Betheiligten zu Herbeischaffung ihrer Geburtscheine und zur Anmeldung zu veranlassen.

Wilsdruf, den 10. October 1848.

Der Rath daselbst.

J. A. Trömel in Wilsdruf empfiehlt sein vollständiges Lager in Kastenöfen, à Etr. 4 Thlr., sowie Kochmaschinen, Wasserpumpen und Kessel zu den billigsten Preisen.

Tuch- und Buckskin-Niederlage in Dresden.

Zu festen Fabrikpreisen in ganzen Stücken wie im Ausschmitt empfiehlt sein gutsortirtes Lager in Wintertüchern, Paletotstoffen, Buckskins, starkem Cooper, so wie die neuesten Westenstoffe etc.

Adolph Steffen, Ch. G. Großmanns Eidam.
Dresden, Wilsdruffer Gasse Nr. 39, Hotel de France gegenüber.

Verkauf.

Ein wenig gebrauchter Kachelofen mit eisernem Kasten ist billig zu verkaufen, und ist das Nähere in der Expedition d. Bl. zu erfragen.

Bekanntmachung.

In der Mühle zu Sachsdorf bei dem Pächter Wilh. Braune, sieben künftigen Sonntag und Montag, als am 15. und 16. d. M., Veränderungshalber zu verkaufen: 3 Stück gute Melkkühe und 2 Stück Pferde.

Bekanntmachung.

Der landwirthschaftliche Verein zu Kesselsdorf hat in seiner Sitzung am 11. October d. J.

Johann Gottlieb Lotter aus Raundorf, in Diensten beim Herrn Gutsbesitzer Winkler in Döltschen, und

Johanne Christiane Friederike Siede aus Kaufbach,

in Diensten beim Herrn Forstinspector Cotta in Tharand,

eine öffentliche Belobung und eine Geldprämie zuerkannt, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Der Vorstand des landwirthschaftlichen Specialvereins zu Kesselsdorf.

Dr. Schöber.

Neue Voll-Seringe, auch einmarinierte Heringe empfiehlt

A. Trömel.

Verloren

ward am 18. bis 19. v. M. in oder um Rossen eine Broche von Porzellan. Der Finder, der solche in der Pfarre zu Wendischbora abgibt, erhält daselbst eine angemessene Belohnung.

Dank.

Wir fühlen uns gedrungen, der Communalgarde zu Breitenbach, sowie den Herren Chargirten der Communalgarde zu Augustusberg unsern Dank für Ihre bewiesene Theilnahme bei dem am 7. und 8. d. M. von uns abgehaltenen Communalgardenfeste öffentlich auszusprechen. Besonders aber halten wir uns verpflichtet, unsern Kameraden der hiesigen 2 Schützencompagnien, welche uns beim Einzuge mit Ihrer Fahne entgegen kamen und begleiteten, unsern Dank hiermit zu erkennen zu geben.

Die III. Compagnie der Communalgarde zu Siebenlehn.

Franz Stiel, Hauptmann.

Dienstag und Freitag Boulesabende im Deutschen Haus.

Einladung.

Nächsten Sonntag, als am 15. October, soll bei mir der

gute Montag

gefeiert werden, wozu ich hierdurch zu recht zahlreicher Theilnahme ergebenst einlade.

Eiselt in Limbach.

Zum Scheibenschießen und Mostfest künftigen Sonntag, den 15. October, ladet Freunde und Bekannte ganz ergebenst ein

W. Dietrich in Niederwarthe.

Anfang halb 3 Uhr.

Für die Theilnahme, welche uns während des Krankenlagers und bei dem Begräbnisse unsrer guten Mutter, so vielseitig zu Theil wurde, sagen wir, sowie dem hiesigen geehrten Liederfranze, für die Aufführung erhebender Gesänge am Grabe der Entschlafenen, unsern tiefgefühltesten Dank, begleitet mit dem herzlichsten Wunsche, daß die Vorsehung ähnliche Schicksalsschläge von Ihnen abwenden möge.

Die Familie Löbel.

Radeburger Getreide-Preise, den 11. October 1848

Korn, der Schffl.	2 $\frac{1}{2}$ —	Ngd	bis	2 $\frac{1}{2}$	7 Ngd
Weizen,	=	4 = 2	=	4 = 10	=
Gerste,	=	1 = 22	=	2 = —	=
Hafer,	=	1 = 6	=	1 = 15	=
Erbsen,	=	2 = 14	=	2 = 20	=
Heidekorn,	=	2 = 4	=	2 = 15	=

Eingegangen 867 Scheffel.

Druck von E. E. Klinkicht und Sohn in Meissen.